

Zeitschrift: Nebelspalter : das Humor- und Satire-Magazin
Band: 109 (1983)
Heft: 50

Rubrik: Briefe an den Nebi

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 13.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>



Briefe an den Nebi

Famose Satire

Bruno Knobel: «Monopostalische Sorgen», Nr. 48

Sehr geehrter Herr Knobel
Wissen Sie, wie schwer es für uns Insider oft ist, Satiren nicht zu schreiben, zumal in alles entscheidenden Jahrhundertfragen, und ich beliebe, jene des neuen PTT-Signets dazuzurechnen?! Gewiss, man könnte sich hinter einem Pseudonym verstecken und sich die Sache von der Seele schreiben. Man weiss aber nie so recht, ob «die» dann doch dahinterkommen und in ihrem Wohlwollen dem solcherart Ertrappten gegenüber nach und nach doch mehr oder weniger spürbar zurückstecken ... Und ausserdem schätzt es ein Nebileser zumal, wenn er, beispielsweise bei Leserschriften, den Autor mühelos im Telefonbuch nachschlagen kann. Aber eben: Wo hätte ich den Mut hernehmen sollen, meinen ehrlichen Namen unter eine Glosse zu setzen und damit meine Kollegen und höheren Vorgesetzten in Schwierigkeiten zu bringen?

Also, Ihre Glosse hat Freu-

de bereitet. Ich rechne mich zwar nicht zu den «Nestbeschmutzern» und bin auch in gewissen Fragen kaum kompetent genug. Aber der Sachverhalt rund um das neue PTT-Signet findet sich in Ihrer famosen Satire äusserst konzipiell dargestellt. Es scheint nicht nur mir schade, dass auf eine Sache so viel Energien verschwendet worden sind; man hätte sie besser anderswo zum Zuge kommen lassen. Womit ich allerdings – und das ist jetzt ernsthaft – abstreite, dass sich dann die Steuererhöhungen auf 1. März 1984 hätten vermeiden lassen. Für uns auf der GD PTT ist es zwar kein Trost, aber zumindest kein Grund für Angstträume und schlaflose Nächte, wenn wir bei Gelegenheit vernehmen dürfen, dass auch in der zugegebenenmassen dem harten Wettbewerb ausgesetzten Privatwirtschaft ähnliche Abläufe vorkommen. Wahrscheinlich kommen die Berichte darüber statt im Nebelspalter im Tierbuch ... Oder, in letzter Zeit öfter, in einem Bericht von Hayek, Rühli & Co.

B. Schneider, Bern

Volkswillen ernst nehmen

Wie können unsere Volkstreuer in guten Treuen glauben, dass unsere Armee Land und Bevölkerung schützen könnte, in Anbetracht der ungeheuren Mengen hochwirksamer Waffen, wie sie die Grossmächte besitzen. Wozu also die enormen Rüstungsausgaben?

Bestimmt sind praktisch alle Schweizer Bürger für die Landesverteidigung. Dieser Volkswille sollte von der Landesregierung und der Armeeleitung ernst genommen werden. Dies geschieht aber nur dadurch, dass man sich nicht Illusionen hingibt, sondern das macht, was möglich wäre, nämlich für den Frieden und die Abrüstung vorbehaltlos einzustehen.

Wenn wir uns auf die amerikanische Militärmacht stützen, sind wir nicht mehr neutral und freie Schweizer, sondern Bevormundete. Wie skrupellos Amerika seine Macht in wirtschaftlicher und in militärischer Hinsicht gel-

tend macht, zeigt sich immer mehr.

Als Landesverteidigung sollte auch die Erhaltung und Verbesserung der Lebensqualität für alle Bürger verstanden werden. Landesverteidigung in diesem Sinne wäre machbar und sinnvoll. Das Volk hat vor ungefähr 10 Jahren zu 90% sich dafür ausgesprochen. In der Zwischenzeit liess unsere Regierung die Luft, das Wasser und die Wälder in bedenklichem Ausmass zu Schaden kommen. Muss man sich da wundern, wenn der Bürger sich betrogen fühlt und mehr als die Hälfte leider den falschen Schluss zieht, vom Stimm- und Wahlrecht nicht mehr Gebrauch zu machen.

Denk ich an die Folgen des Waldsterbens in der Nacht, bin ich um meinen Schlaf gebracht.

W. Gerber, Bern

Es gibt zu viele Probleme ...

Leserbrief E. Betschen: «Der erste Schritt», Nr. 48

Mich freut es, dass Sie von meiner Seite ein Echo im Ne-

belspalter erwartet hatten, beweist dies doch, dass meine Einsendungen immerhin gelesen werden. Nun habe ich aber vom Redaktor des Nebi, Franz Mächler, den freundlichen Hinweis erhalten, dass viele Leserbriefe aus Platzmangel sistiert werden müssten, und ich hätte die raren Leserbriefspalten doch etwas zu oft strapaziert. Aus diesem Grunde habe ich bis heute auf weitere Einsendungen an den Nebi verzichtet. Um jedoch den Eindruck zu vermeiden, die Grünen hätten nach den Wahlen im Kampfgeist nachgelassen, muss ich mich doch wieder zu Wort melden. Es gibt zu viele Probleme, die gelöst werden müssen, und dies nicht nur für unseren Schweizer Wald!

Die Wähler haben uns übrigens auch nicht im Stich gelassen, heute sitzen drei Parlamentarier der Grünen in Bern. Die Bildung einer Fraktion mit zwei Parteilosens ist knapp verfehlt worden, aber in vier Jahren werden wir in Fraktionsstärke im Bundeshaus vertreten sein. Jürg Hefti

Grüne Partei Zürich

Unwahre Tatsachen

● Sozioökonomische Motive könnten nach den jüngsten Ermittlungen von Scotland Yard der Anlass für den spektakulären Goldraub aus einem Lagerhaus am Londoner Flughafen Heathrow gewesen sein. In Bankkreisen verstärkt sich nämlich der Verdacht, dass für die verschwundenen 6800 Goldbarren im Wert von mehr als 26 Millionen Pfund eine internationale Organisation verantwortlich sein dürfte, welche den Erlös der Beute für die Schuldentilgung zahlreicher Länder der Dritten Welt verwenden möchte.

● Gerüchten, nach denen das plötzliche Verschwinden der Löcher im Greyerzer Käse mit der fortschreitenden Luftverschmutzung zu tun haben soll, trat die Schweizerische Käse-Union mit Entschiedenheit entgegen und betonte, dass das zwar unerklärliche Phänomen keine Qualitätseinbusse bedeute, sondern vielmehr als ausgesprochen konsumentenfreundlich zu werten sei, indem der Käufer unter diesen Umständen endlich mehr Käse für sein Geld bekomme.

● Im Zusammenhang mit den gescheiterten Abrüstungsver-

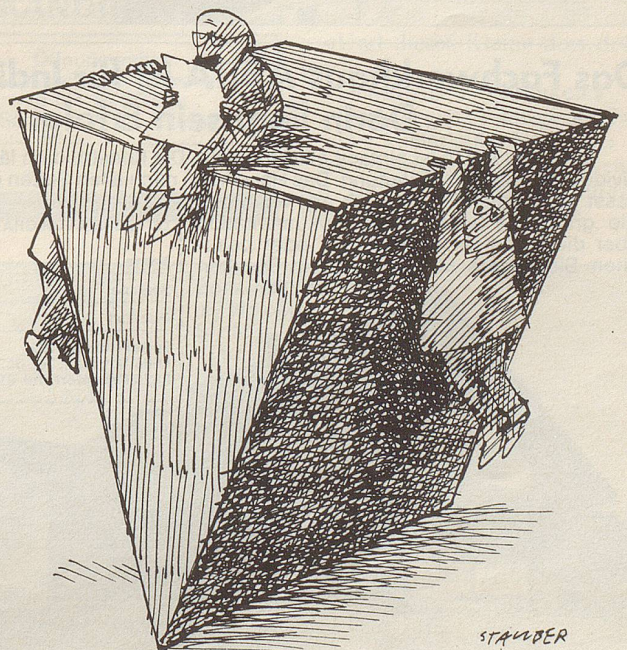
handlungen in Genf und der daraufhin erfolgten Nachrüstung in der BRD haben die PTT-Direktionen aller Nato-Länder in einem Merkblatt eindringlich davor gewarnt, den roten Knopf ihres Telefonapparates zu betätigen. Er könnte sonst versehentlich das Startzeichen zum atomaren Erstschock sein und unversehens die nukleare Vernichtung der Welt einleiten.

● Nach Auffassung des Verteidigers von Wirtschaftsminister Graf Lambsdorff in Bonn, dem in Verbindung mit der Flick-Spendenaffäre vorgeworfen wird, mehrere fünfstellige Summen dafür entgegengenommen zu haben, dass er dem Flick-Konzern Steuervergünstigungen in Millionenhöhe verschaffe, bringt die Rechtspflege die Politiker in einen schwerwiegenden Gewissenskonflikt. Einerseits sei der Abgeordnete zwar an die Weisungen der Wähler gebunden, andererseits fühle er sich wiederum den Überweisungen der Interessenvertreter verpflichtet. In diesem Zwiespalt der Rechtsgüterabwägung gelte seiner Meinung nach vorrangig der alte Grundsatz: Wer zahlt, befiehlt. Er schlage deshalb vor, den deutschen Bundestag ehrlicherweise in eine Verwaltungsrats-Mandatsträger-AG umzubenennen.

Karo

Ein Politiker zu seinen Kollegen: «Meine Damen und Herren, wir sind alle nur Menschen, aber der Witz ist der, dass es sich das Volk nicht länger gefallen lässt!»

Der Verleger, als sich ein Autor beschwert, dass sein Manuskript nach einem Jahr noch nicht gedruckt ist: «Homer musste zweitausend Jahre warten, bis er gedruckt wurde!»



STÄUBER